

Presse-Einladung

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei: Gemeinsame Kundgebung von Richtern, Anwälten, Staatsanwälten und Bürgerrechtlern vor dem Bundeskanzleramt



Vereinigung
Demokratischer
Juristinnen und
Juristen e.V.



Neue Richtervereinigung
Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V.



Bundesfachausschuss
Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und
Staatsanwälte in Verdi



ARBEITSGEMEINSCHAFT
Sozialdemokratischer
Juristinnen und Juristen



Berlin, 1. August 2016. In der Türkei wird der Rechtsstaat mit Füßen getreten. Durch die Verhaftung und Entlassung von tausenden unserer Kollegen, leiden nicht nur die direkt Betroffenen. Die fehlende Unabhängigkeit der Justiz trifft jeden, von Privatpersonen bis Unternehmen.

In Anbetracht des Vorgehens der türkischen Staatsführung in den vergangenen zwei Wochen nach dem versuchten Militärputsch, rufen zehn Organisationen von Anwälten, Staatsanwälten, Richtern und Bürgerrechtlern zu einer gemeinsam Kundgebung auf:

Datum: 03.08.2016

Uhrzeit: 14 - 15:30 Uhr

Ort: Bundeskanzleramt - Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

Anlässlich der Kundgebung werden Erklärungen verlesen, die die aktuelle Situation der verschiedenen verfolgten, suspendierten und verhafteten (Berufs-)Gruppen wie Rechtsanwält*innen, Richter*innen, Staatsanwält*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen und Gewerkschafter*innen verdeutlichen. Interviewpartner aus den jeweiligen Berufsgruppen werden Ihnen zum Gespräch zur Verfügung stehen.

Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen in der Türkei darf es keinen Deal mit der türkischen Regierung über Menschenrechte – auch nicht mit den Menschenrechten von Flüchtlingen – geben.

Die zehn Organisationen fordern die Bundesregierung in einer gemeinsamen Erklärung u.a. dazu auf:

- **einen sofortigen Abschiebestopp für die Türkei zu erlassen;**
- **sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die willkürlichen und politisch motivierten Verhaftungen, Entlassungen oder Suspendierungen sofort aufgehoben werden;**
- **die Wiederherstellung der richterlichen Unabhängigkeit und der freien Berufsausübung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwältinnen, Staatsanwälten und Staatsanwältinnen und die Freiheit der Medien in der Türkei einzufordern.**

Kontakt über

Ursula Groos - Geschäftsführerin des Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte - Greifswalder Straße 4 | 10405 Berlin
Tel +49 (0)30 417 235 55 | Fax +49 (0)30 417 235 57 | mail: kontakt@rav.de | www.rav.de